



Essen, 22. APRIL 2016

## **Grundsatzklärung der Essener Muslime zur Beziehung der Muslime zur Gesellschaft und zum Staat und seinen Einrichtungen**

Als wesentlicher Bestandteil der Stadt Essen fühlen sich die Essener Muslime allen Problemen und Themen der Gesamtgesellschaft gegenüber verpflichtet.

Die Mehrheitsgesellschaft hat daher insbesondere Anrecht darauf zu erfahren, wie die Muslime zu den Fundamenten dieses Rechtsstaates, zu seinem Grundgesetz, zur Demokratie, zum Pluralismus und zu den Menschenrechten stehen. Insofern ist das Vertrauen der Gesellschaft und des Staates gegenüber den Muslimen die zentrale Voraussetzung für die von allen gewünschte Integration.

Die Verantwortlichen der Moscheegemeinden und jeweiligen Imame müssen ihre Pflicht wahrnehmen, die eigenen Gemeinden zur Einhaltung der friedensstiftenden Ethik der islamischen Religion zu ermahnen und bei der Bildung einer Essener Friedenssolidarität zusammenzuarbeiten. Sie haben insbesondere darauf zu achten, dass ausschließlich das Grundgesetz und die deutschen Gesetze alleinige Geltung haben. Darüberhinaus haben sie sich noch energischer mit den Themen Extremismus und Terrorismus auseinanderzusetzen.

Die Essener Muslime unterstreichen daher, dass

1. sie mit Wort und Tat die Gewähr der Rechtstreue bieten. Die Anerkennung des Grundgesetzes beinhaltet auch die Frauenrechte, und zwar uneingeschränkt,
2. sie sich insbesondere durch interne Aufklärungsarbeit noch energischer mit den Themen Extremismus und Terrorismus auseinandersetzen wollen,
3. die Zusammenarbeit mit den staatlichen Organen im Kampf gegen den Extremismus auch für Muslime eine Bürgerpflicht und gleichzeitig auch Muslimpflicht ist. Insbesondere wollen sie eigeninitiativ den Rat der zuständigen Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden sowie der „Kommission Islam und Moscheen“ einholen,
4. sie verfassungsfeindliche Agitatoren bekämpfen wollen, indem sie u.a. jegliche Gewalt und staatsfeindliche Handlungen verurteilen und Extremismus melden,
5. sie aus ihrer defensiven Haltung herauskommen wollen, sich in der Mitte der Gesellschaft einzubringen und zu positionieren und gleichzeitig kommunale Verantwortung sowohl für sich als auch für die Gesamtgesellschaft zu übernehmen.
6. sie darauf achten, dass sie von irgendwelchen Ideologen und Bewegungen unabhängig bleiben und auch nicht von irgendwelchen Interessengruppen vereinnahmt werden.